

Sorgenvolle Wirtschaft



IW-Konjunkturumfrage. Kriege, Krisen und kein Ende – die Stimmung in der Mehrzahl der Unternehmen, die das IW in diesem Frühjahr befragt hat, ist schlecht. Während sich im Dienstleistungssektor Zuversicht und Skepsis in etwa die Waage halten, blicken die Industriebetriebe und insbesondere die Baufirmen mit großen Sorgen auf den weiteren Jahresverlauf. Dem Kölner Bauunternehmen Bauwens geht es zwar recht gut, dennoch sind die Herausforderungen im derzeitigen Krisenumfeld groß, wie der geschäftsführende Gesellschafter Fabian Bauwens-Adenauer im iwd-Interview erläutert. —> [Seiten 2-5](#)

Außenhandel

Bei einigen Produktgruppen ist Deutschland stark von Lieferungen aus China abhängig. Daran hat sich auch im Jahr 2023 kaum etwas verändert.

—> [Seiten 10-11](#)

Arbeitsmarkt

Die Unternehmen in Deutschland haben immer häufiger Probleme, ihre Führungspositionen zu besetzen. Das liegt nicht allein am Fachkräftemangel.

—> [Seite 13](#)

Perspektiven bleiben trist

IW-Konjunkturumfrage. Im weiteren Verlauf des Jahres 2024 wird die deutsche Wirtschaft die Krise kaum abschütteln können – die vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Unternehmen sind jedenfalls überwiegend pessimistisch, was ihre Geschäftsaussichten angeht. Lichtblicke gibt es nur wenige.

Corona, Ukraine-Krieg, Nahostkonflikt – die Belastungen für die Weltwirtschaft nehmen kein Ende. Die westliche Staatengemeinschaft sucht zudem den richtigen Umgang mit Chinas ökonomischem Machtstreben. All dies trifft die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders hart. Hinzu kommt, dass der wirtschafts- und klimapolitische Kurs der Bundesregierung viele Unternehmen verunsichert (siehe iwd 6/2024).

Die aktuelle IW-Konjunkturumfrage zeichnet denn auch ein insgesamt trübes Bild (Grafik):

Von den gut 2.000 befragten Unternehmen in Deutschland geben 39 Prozent an, ihre Produktionslage sei schlechter als vor

einem Jahr – nur 18 Prozent sehen eine Verbesserung.

In der Industrie sprechen sogar 48 Prozent der Betriebe von einer schlechteren Situation als im Frühjahr 2023, lediglich 19 Prozent bewerten die Lage als besser. Einzig im Dienstleistungssektor halten sich positive und negative Meldungen nahezu die Waage.

Die Erwartungen der Unternehmen für das Gesamtjahr 2024 fallen zwar etwas besser aus als die Lagebewertung. Dennoch sind die Perspektiven so trist wie noch nie seit der Finanzmarktkrise von 2008/2009 – wobei das IW im Frühjahr 2020 infolge des Ausbruchs der Coronapandemie keine Befragung durchgeführt hat.

Insgesamt gehen 37 Prozent der Befragten davon aus, dass ihre Geschäfte in diesem Jahr schlechter laufen werden als 2023, nur 23 Prozent rechnen mit einem Aufwärtstrend.

Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutliche Unterschiede (Grafik Seite 3):

- **Industrie.** Das Meinungsbild der Industriefirmen sieht im Schnitt ähnlich aus wie das der Gesamtwirtschaft – 39 Prozent erwarten für das laufende Jahr eine sinkende, 24 Prozent eine steigende Produktion. Am wenigsten skeptisch sind die Hersteller von Konsumgütern – in diesem Bereich übersteigt der Anteil der Pessimisten jenen der Optimisten um lediglich 4 Prozentpunkte. Im

IW-Konjunkturumfrage: Schlechte Stimmung, trübe Aussichten

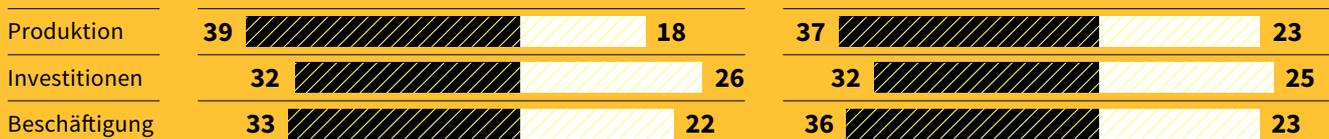
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...



■ Schlechter
□ Besser

... bewerten die Lage bei diesen Indikatoren im Frühjahr 2024 gegenüber dem Frühjahr 2023 wie folgt

... erwarten für das Jahr 2024 gegenüber 2023 diese Entwicklung



Rest zu 100; gleichbleibend
Befragung von 2.072 Unternehmen im März/April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Grundstoffbereich – zu dem beispielsweise die Chemie und die Energiewirtschaft zählen – rechnen dagegen 43 Prozent der Unternehmen mit einer rückläufigen Produktion und nur 21 Prozent mit einem Anstieg.

Die unterm Strich negativen Geschäftsperspektiven schlagen sich auch in den Investitionsplänen nieder:

Gerade einmal knapp ein Viertel der Industriebetriebe geht davon aus, dass es seine Investitionen 2024 steigern wird, während mehr als ein Drittel das entsprechende Budget voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr kürzen muss.

Vor diesem Hintergrund sieht sich eine relative Mehrheit der Unternehmen in der Industrie gezwungen, Personal abzubauen. Die Beschäftigungsaussichten haben sich seit dem vergangenen Herbst nochmals verschlechtert.

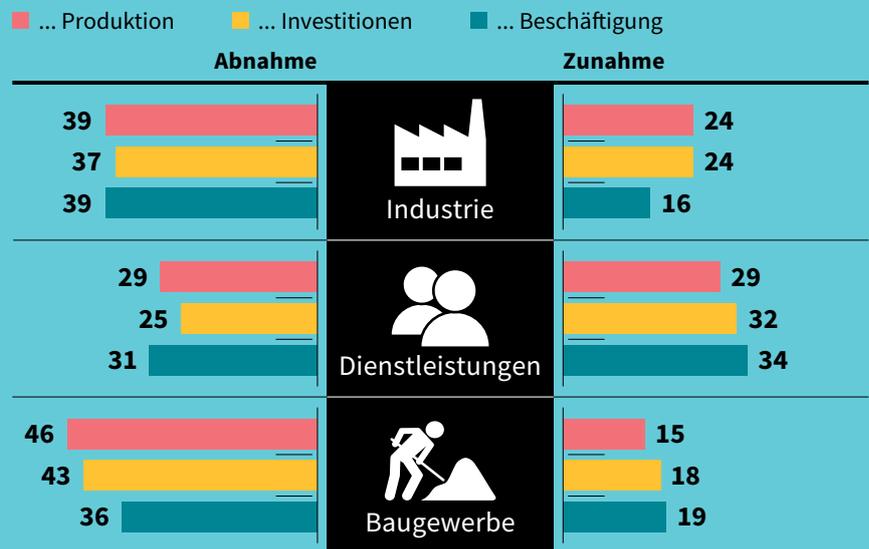
• **Baugewerbe.** Hier deuten die Befragungsergebnisse darauf hin, dass sich die Rezession der vergangenen Jahre abschwächt – aber längst nicht überwunden ist:

Immer noch erwarten 46 Prozent der Baufirmen für 2024 eine rückläufige Produktion, nur 15 Prozent halten einen Zuwachs für wahrscheinlich.

Im vergangenen Herbst gingen sogar 54 Prozent von einem Produktionsminus aus und gerade einmal 13 Prozent von einem Anstieg (siehe „IW-Konjunkturumfrage: Unternehmen befürchten weiteren Abwärtstrend“ auf iwd.de). Auch mit Blick auf die Investitionspläne hat sich das Bild im Vergleich zur vorherigen Umfrage aufgehellt. Trotzdem sind die Skeptiker mit 43 zu 18 Prozent weiterhin klar in der Mehrzahl. Und so überwiegen auch diejenigen Unternehmen, die mit einer schrumpfenden Belegschaft im laufenden Jahr rechnen.

IW-Konjunkturumfrage: Nur wenige Lichtblicke

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Jahr 2024 gegenüber 2023 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend
 Befragung von 2.072 Unternehmen im März/April 2024
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



• **Dienstleistungen.** Im Servicesektor sind mit je 29 Prozent ebenso viele Firmen optimistisch wie pessimistisch, was die Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr angeht. Damit trägt dieser Bereich dazu bei, die Wirtschaft zu stabilisieren, ohne allerdings große positive Impulse setzen zu können. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zudem zu berücksichtigen, dass die IW-Umfrage den großen Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, den Finanzsektor sowie haushaltsnahe Dienste nicht erfasst.

Gleichwohl ist es ermutigend, dass die befragten Dienstleister per saldo ihre Investitionen gegenüber 2023 steigern wollen. Der Arbeitsmarkt dürfte sich folglich hier vergleichsweise gut entwickeln:

34 Prozent der Dienstleistungsunternehmen haben vor, im weiteren Jahresverlauf ihr Personal aufzustocken, einen Stellenabbau planen 31 Prozent.

Im vergangenen Herbst war der Saldo der Beschäftigungspläne noch leicht negativ gewesen.

Über alle Branchen hinweg zeigt sich das negative Gesamtergebnis der IW-Umfrage auch in den einzelnen Regionen – fast überall in Deutschland sind die Firmen in der Mehrheit, die von schlechteren Geschäften als im Vorjahr ausgehen. Eine Ausnahme bilden Sachsen und Thüringen, wo der Anteil der optimistischen Firmen mit 29 Prozent jenen der Pessimisten um 1 Prozentpunkt übertrifft. Ein Grund könnte sein, dass dort die Elektroindustrie sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie stark vertreten sind und die Unternehmen in diesen Bereichen relativ zuversichtlich nach vorne schauen.

IW-Report 20/2024
 Michael Grömling: Unternehmen sehen keine Erholung in 2024 – IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2024
iwkoeln.de/konjunkturumfrage-f-2024

Interview. Die Baubranche leidet besonders unter der lahmenden Konjunktur. Wie das Kölner Bauunternehmen Bauwens auf die hohen Preise, die eingebrochene Nachfrage und CO₂-Einsparziele reagiert, erläutert der geschäftsführende Gesellschafter **Fabian Bauwens-Adenauer**.

„Bauen ist ein sehr lokales Geschäft“

Die Baubranche schaut laut aktueller IW-Konjunkturumfrage besonders pessimistisch in die Zukunft. Gilt das auch für Ihr Unternehmen?

Das gilt für uns Gott sei Dank nicht, wir entziehen uns als Bauunternehmen, wo wir als Generalunternehmer aktiv sind, dem allgemeinen Trend, auch wenn das Marktumfeld natürlich sehr herausfordernd ist. Wir haben ein sehr erfolgreiches Jahr 2023 hinter uns und verfügen über eine gut gefüllte Projektpipeline für die kommenden zwei Jahre. Wir sind zudem gut ausgelastet und suchen deshalb weiterhin Personal an der ein oder anderen Stelle, insbesondere Bauingenieure und Bauleiter.

Und wie sieht es bei der Projektentwicklung aus?

Hier haben wir die üblichen Herausforderungen zu meistern: den schnellen Zinsanstieg, die hohe allgemeine Inflation, die gestiegenen Baukosten – gepaart mit einem erheblichen Einbruch auf der Transaktionsseite, also auf dem Verkäufermarkt. Ein Großteil unseres Projektgeschäfts basiert auf der Wohnungsbauentwicklung, also dem Bau und anschließenden Verkauf

von Wohnungen, und die Vertriebsgeschwindigkeit hat Ende 2022 deutlich nachgelassen. Glücklicherweise haben wir nicht ganz so viele Projekte, bei denen wir gerade mitten im Vertrieb sind. In München spüren wir seit Jahresanfang sogar eine Belebung im Wohnungsvertrieb.

Wie kommt es, dass Ihr Bauunternehmen von der derzeitigen wirtschaftlichen Krise kaum tangiert wird?

Da spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Zum einen haben wir einen Teil unserer Bauherren als Schwestergesellschaft hier vor Ort im Haus. Zum anderen haben wir auf der Auftraggeberseite momentan weniger mit Bauherren zu tun, die ihr Bauvorhaben direkt nach der Erstellung veräußern, sondern wir bauen – insbesondere im Rheinland und im Ruhrgebiet – für viele Wohnungsbaugesellschaften, die bereits über Grundstücke verfügen und die die Bauten im eigenen Bestand halten. Für diese Bauherren hat sich die Lage nicht ganz so dramatisch verändert wie für solche, die auf den kurzfristigen Verkauf angewiesen sind. Zudem haben wir noch Auftraggeber, die im Hotelsegment aktiv sind und deren Geschäftsmodell

ebenfalls sehr gut funktioniert und die nicht so abhängig sind von den typischen immobilienwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das gilt auch für Auftraggeber aus der institutionellen Welt, die etwa einen Um- oder Neubau einer Konzernzentrale brauchen. Und schließlich werfen wir grundsätzlich bei allen unseren Auftraggebern noch ein zweites und drittes Auge auf die Bonität, bevor wir eine Geschäftsbeziehung eingehen.

Sie setzen bei Ihren Bauprojekten stark auf digitale Lösungen. Können Sie uns dazu ein Beispiel nennen?

Beim Gebäude selbst richten wir uns ganz nach den Kundenwünschen. Worauf wir selbst als Bauunternehmen sehr stark setzen, ist das Prozessmanagement und dafür nutzen wir die gängigen digitalen Hilfsmittel. Vor rund zehn Jahren haben wir damit begonnen, die Methode des Lean Managements in unseren Bauprozessen zu etablieren. Wir nennen es Lean Construction und jede Baustelle bei uns läuft anhand dieser Philosophie: Wir entwickeln eine Prozesslandkarte, wo detailliert Meilensteine festgelegt werden, die ein Projekt durchlaufen



Foto: Bauwerks

muss – vom Kauf des Grundstücks über die Planungs- und Ausführungsphase bis hin zum Verkauf und zur Gewährleistung. So können wir bei jedem Bauvorhaben sehen, welches Gewerk gerade wo aktiv ist.

Viele Unternehmen in Deutschland beklagen sich über das unsichere Investitionsklima und machen die Politik dafür verantwortlich. Schließen Sie sich dieser Kritik an?

Klare Vorgaben, die sich nicht andauernd ändern, wären für eine Branche, die einerseits an viele Regeln und Vorschriften gebunden ist und andererseits extrem lange Planungszyklen hat, schon hilfreich. Das gilt insbesondere für die teils hochkomplexen Bauvorschriften wie beispielsweise für die Nachhaltigkeitsvorgaben und die damit verbundenen Förderungen.

Wie ließe sich denn einfacher nachhaltig bauen?

Wir stellen schon fest, dass Nachhaltigkeit am Bau in der Regel mehr Geld kostet. Und in einer Krise, wie wir sie jetzt gerade erleben, ist das noch mal schwieriger umzusetzen. Im Wohnungsbau, wo der Endkunde in der Regel der Einzelerwerber ist, scheint es im Moment

wichtiger, dass der Kunde sich die Wohnung noch leisten kann und der Quadratmeter 200 bis 300 Euro günstiger ist, als dass es eine besonders nachhaltige Immobilie ist.

Wo wird denn an neuen Wohngebäuden gespart, um die zusätzlichen Kosten durch die energetischen Anforderungen zu kompensieren?

Was sich erst langsam abzeichnet, ist, dass man über etwas kleinere Wohnungen nachdenkt. Der durchschnittliche Wohnraum einer einzelnen Person ist in Deutschland ja in den vergangenen 40 Jahren stetig gewachsen. Hier könnte es zu einem Umdenken kommen, wobei das verstärkte Arbeiten im Homeoffice wiederum dazu führt, dass größere Wohnungen gefragt sind, weil keiner auf die Dauer am Küchentisch arbeiten will.

Und wie sieht es bei der Ausstattung aus?

Dass Features weggelassen werden, ist zumindest in dem Segment, in dem wir uns bewegen, eher unüblich.

Sind recycelte Materialien ein Thema?

Recyclingmasse schauen wir uns an, wo es sinnvoll ist. Auch der

Cradle-to-Cradle-Ansatz, der eine spätere Entnahme und Wiederverwertung der einzelnen Bauteile ermöglicht, ist interessant. Aber die Erstellung eines Gebäudes nach diesem Ansatz ist meistens erst mal teurer als ein herkömmlicher Bau, das rechnet sich erst langfristig.

Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit bei Ihnen generell?

Seit zwei Jahren machen wir für jedes unserer Bauprojekte eine CO₂-Ökobilanzierung. Bis zum Jahr 2030 wollen wir die CO₂-Belastung unserer Gebäude pro Quadratmeter und Jahr um 50 Prozent gegenüber dem üblichen Standard im Bau reduzieren.

Ist die Verlagerung Ihrer Geschäftstätigkeit ins Ausland eine Option?

Nein, denn Bauen ist ein sehr lokales Geschäft. In anderen Ländern existieren andere Anforderungen, dafür muss man vor Ort sein und den Markt kennen. Das ist selbst in Deutschland schon von Stadt zu Stadt unterschiedlich, deshalb unterhalten wir neben dem Kölner Hauptstandort bundesweit fünf weitere Standorte. Was wir allerdings als Familie tun, ist im Süden der USA in Mietimmobilien zu investieren.

Zurück in den Hallen

Messewirtschaft. Die deutsche Messebranche hat sich vom Einbruch während der Pandemiejahre erholt. Besonders die internationalen Leitmessen nähern sich wieder ihrem früheren Niveau und lassen die Branche aufatmen.

Von der Gamescom bis zur Frankfurter Buchmesse – auf deutschen Messeplätzen finden jedes Jahr viele international renommierte Branchentreffen statt. In den Jahren 2020 und 2021 blieben die Ausstellungsflächen allerdings größtenteils leer, da Kontaktbeschränkungen Präsenzmessen unmöglich machten. Laut dem Verband der deutschen Messewirtschaft verursachten die ausgefallenen Messen einen gesamtwirtschaftlichen Schaden von mehr als 60 Milliarden Euro.

Im Jahr 2022 ging es für die Messewirtschaft wieder aufwärts. Deutschlandweit präsentierten mehr als 140.000 Aussteller – davon gut die Hälfte aus dem Ausland – ihr Angebot auf den hiesigen Messen. Der Umsatz stieg entsprechend (Grafik):

Die zehn größten deutschen Messegesellschaften setzten im Jahr 2022 mehr als doppelt so viel um wie 2021.

Spitzenreiter im Jahr 2022 war die Messe Frankfurt mit gut 450 Millionen Euro Umsatz – ein fast dreimal

so hoher Wert wie im Jahr zuvor. In den Frankfurter Messehallen finden auch nach dem Wegzug der Internationalen Automobil-Ausstellung nach München einige der wichtigsten Messen Deutschlands statt, darunter die Frankfurter Buchmesse und Heimtextil, die weltweit größte Messe für Textilien.

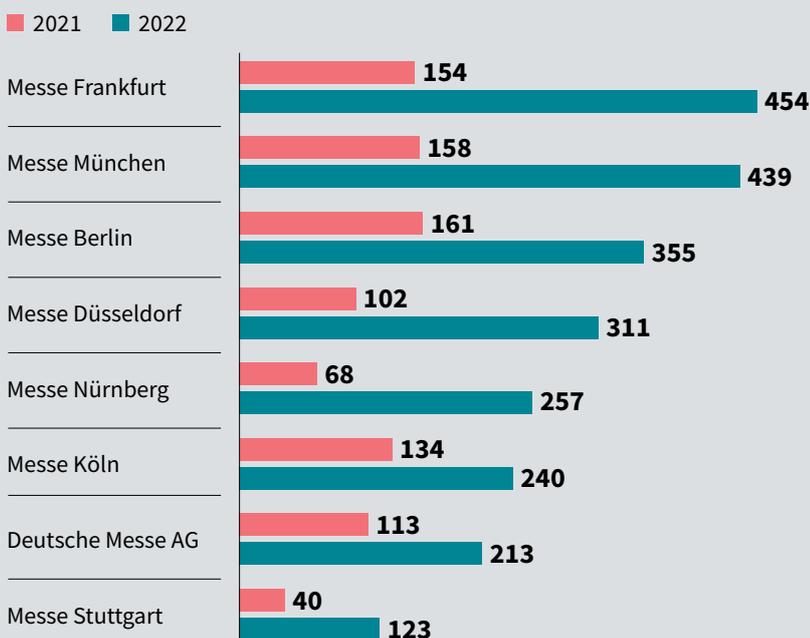
Auch in puncto Besucherzahl steht die Frankfurter Messe deutschlandweit an der Spitze: Im Jahr 2022 besuchten mehr als 1,8 Millionen Menschen die Ausstellungen dort. Damit lag die Zahl allerdings noch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019, das mit rund 4,5 Millionen das besucherstärkste Jahr des Messeplatzes war. Insgesamt verzeichneten die Messen in Deutschland 2022 rund 7,6 Millionen Besucher – knapp halb so viele wie 2019 (15,6 Millionen).

Im Jahr 2023 dürfte sich der Abstand zum Niveau aus der Zeit vor Corona weiter verkleinert haben: Der Branchenverband schätzt, dass 2023 etwa 11,5 Millionen Besucher und mehr als 180.000 Aussteller zu Gast auf Messegeländen der Bundesrepublik waren.

Und auch in diesem Jahr geht es für die Branche voraussichtlich weiter bergauf: 2024 sind hierzulande 331 Messen geplant – davon fast 180 nationale oder internationale Leitmessen. Was die Zahl der Veranstaltungen angeht, ist Deutschland damit wieder auf dem Stand von vor der Pandemie.

Messegeschäft kehrt zurück

Umsatz der größten deutschen Messegesellschaften in Millionen Euro



Quelle: Messegesellschaften
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Deutschland muss in die Verlängerung

Arbeitszeit. In Deutschland sind Arbeitskräfte knapp. Zugleich arbeiten die Menschen hierzulande im internationalen Vergleich eher wenig. Das gilt auch dann, wenn man die hohe Erwerbsbeteiligung berücksichtigt. Was zu tun wäre, liegt auf der Hand.

Unternehmen in Deutschland suchen oft vergeblich nach Mitarbeitern. Und wenn die Babyboomer demnächst in großer Zahl in Rente gehen, wird das Arbeitsangebot noch weiter sinken. Doch wie ließe sich der Mangel beheben? Mehr qualifizierte Zuwanderer zu gewinnen, ist zwar richtig, dürfte aber kaum kurzfristig gelingen.

Somit bleibt als naheliegende Stellschraube die Arbeitszeit. Ein Vergleich mit anderen Industrieländern zeigt, wie viel Luft nach oben

es in Sachen Arbeitsleistung in Deutschland gibt. Dabei ist es wenig sinnvoll, ausschließlich auf die Arbeitsstunden je Erwerbstätigen zu schauen. Denn für das gesamte Arbeitsvolumen einer Volkswirtschaft kommt es auch auf die Erwerbsbeteiligung an, also darauf, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist.

Nun liegt die Erwerbsbeteiligung in Deutschland mit 77 Prozent zwar über dem Durchschnitt aller OECD-

Länder von 69 Prozent. Dies kann allerdings die mit 1.341 Stunden niedrige Pro-Kopf-Arbeitszeit der Erwerbstätigen nicht kompensieren, wie eine Kombination beider Indikatoren verdeutlicht (Grafik):

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Einwohner im erwerbsfähigen Alter lag in Deutschland im Jahr 2022 mit 1.031 Stunden um fast 200 Stunden unter dem OECD-Schnitt.

Damit schöpft die Bundesrepublik das Arbeitskräftepotenzial nicht nur deutlich schlechter aus, als es beispielsweise die USA tun, sondern sie liegt auch hinter vielen europäischen Wettbewerbern zurück, wie etwa der Schweiz, den Niederlanden oder Spanien.

Besonders groß ist der Abstand zu den Neuseeländern – im Land der Kiwis geht eine lange Arbeitszeit von 1.748 Stunden je Erwerbstätigen mit einer hohen Erwerbsquote einher. Würde in Deutschland genauso viel gearbeitet wie in Neuseeland, wäre das Arbeitsvolumen um 30 Prozent größer. Angesichts der bereits recht hohen Erwerbsbeteiligung hierzulande liegt es nahe, darauf hinzuwirken, dass die Beschäftigten länger arbeiten.

Kiwis klotzen ran

Geleistete Arbeitsstunden je Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren im Jahr 2022



Länderauswahl
 Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

Schöngerechnet

Verteidigung. Deutschland hält in diesem Jahr das NATO-Ziel ein und investiert 2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Verteidigung – zumindest formal. Dazu nutzt die Regierung einige Rechenkunststücke. Das geht zulasten der Bundeswehr.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Nach diesem Motto haben sich im Jahr 2014 die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder darauf geeinigt, jährlich 2 Prozent ihres nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in ihre Verteidigung zu investieren. Das soll die militärische Einsatzbereitschaft des Bündnisses gewährleisten.

Deutschland schafft in diesem Jahr erstmals seit Langem die Vorgabe (Grafik):

Die Verteidigungsausgaben für 2024 setzen sich zusammen aus dem regulären Verteidigungsetat im Umfang von rund 52 Milliarden Euro, etwa 19 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen der Bundes-

wehr, 7,5 Milliarden Euro Ukraine-Hilfe und weiteren 7 Milliarden Euro, die im Haushalt als sonstige verteidigungsrelevante Ausgaben deklariert sind.

Damit Deutschland das 2-Prozent-Ziel einhält, sind aber einige Kniffe nötig. Ohne die 7,5 Milliarden Euro für militärische Lieferungen an die Ukraine läge die Quote bei 1,83 Prozent. Das Geld kommt damit nicht der Stärkung der eigenen Streitkräfte zugute, auch wenn die Ausgaben der Sicherheit Deutschlands dienen.

Außerdem sind im regulären Verteidigungsetat Ersatzbeschaffungen in Höhe von 520 Millionen Euro für im Vorjahr gelieferte Ausrüstung

an die Ukraine enthalten. Da die Ukraine-Hilfe auch ein separater Posten in der Berechnung ist, wird die Summe doppelt gezählt. Darüber hinaus gibt es von der Regierung keine Angaben, wozu die im Haushalt veranschlagten sonstigen verteidigungsrelevanten Ausgaben von rund 7 Milliarden Euro verwendet werden – dieser Posten ist schon seit Jahren eine „Blackbox“.

Ein weiteres Problem: Militärische Lieferungen werden meist erst nach Erhalt bezahlt – durch Lieferverzögerungen könnten Mittel für 2024 in die Folgejahre verschoben und somit das 2-Prozent-Ziel verfehlt werden. Um das zu vermeiden, zahlt Deutschland teilweise noch nicht erbrachte Leistungen vorab, so geschehen beim bestellten israelischen Arrow-3-Raketenabwehrsystem.

Wenn die Bundesregierung das 2-Prozent-Ziel der NATO aber nur mit äußerster Mühe erreicht und manche Mittel gar nicht in die eigene Verteidigung fließen, leidet darunter die Bundeswehr. Das Ziel, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch eine gut ausgerüstete Armee sicherzustellen, bleibt mit dieser Politik weiterhin auf der Strecke.

Verteidigungsausgaben: 2-Prozent-Ziel der NATO knapp erreicht

in Deutschland im Jahr 2024

■ in Milliarden Euro ■ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

| | | |
|--|-------------|-------------|
| Verteidigungsetat | 52,0 | 1,22 |
| Sondervermögen der Bundeswehr | 19,0 | 0,45 |
| Ukraine-Hilfe | 7,5 | 0,18 |
| Sonstige verteidigungsrelevante Ausgaben | 7,0 | 0,16 |
| Insgesamt | 85,5 | 2,01 |

Sondervermögen: über 100 Milliarden Euro für Investitionen in die Bundeswehr; sonstige verteidigungsrelevante Ausgaben: von der Bundesregierung nicht weiter aufgeschlüsselt

Quellen: Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IiW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 19/2024

Klaus-Heiner Röhl: Verteidigungsausgaben – Gerade so genug für die NATO?
iwkoeln.de/natoziel

Die Riesen der Weltmeere

Schifffahrt. Containerschiffe überqueren täglich zu Tausenden die Meere, um Waren von A nach B zu transportieren. Die Reedereien mit den größten Flotten zählen dabei weit mehr als 500 Schiffe.

Etwa 90 Prozent des Welthandels erfolgen auf dem Seeweg. Insgesamt schipperten im Jahr 2022 nahezu 12 Milliarden Tonnen Frachtgut über die Meere, rund 15 Prozent davon entfielen auf Containerfracht. Reedereien und ihre Containerschiffe spielen damit eine wichtige Rolle für den globalen Warenaustausch.

Während das Volumen der über See beförderten Ladung in den vergangenen Jahren recht konstant blieb, wuchs die Zahl der Containerschiffe stetig weiter. Im Jahr 2023 zählte die globale Containerschiffsflotte laut der Konferenz der Verein-

ten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) 5.832 Schiffe, das waren rund 12 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. An der Spitze liegt ein Unternehmen aus der Schweiz – ein Land ohne direkten Seezugang (Grafik):

Mit einer Flotte von 810 Containerschiffen und einem Fassungsvermögen von rund 5,8 Millionen Standardcontainern ist die Mediterranean Shipping Company (MSC) die größte Reederei der Welt.

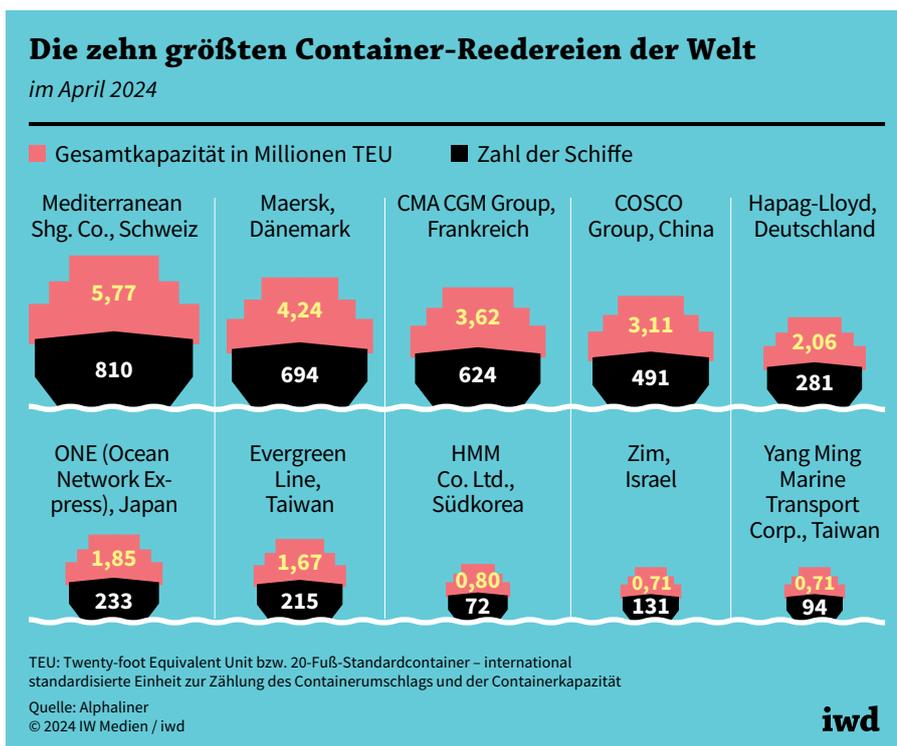
Das Unternehmen überholte im Jahr 2022 die dänische A.P. Moller-

Maersk Group, die mit 694 Schiffen nun auf Platz zwei liegt.

Auch das derzeit größte Containerschiff der Welt gehört der MSC: Die 400 Meter lange und 61 Meter breite „MSC Irina“ lief 2023 in China vom Stapel. Die Maße des neuen Rekordfrachters unterscheiden sich kaum von seinen Vorgängern, der Unterschied liegt im Fassungsvermögen: Die MSC Irina bietet Platz für knapp 24.350 Standardcontainer, voll beladen kann sie ungefähr 240.000 Tonnen tragen – so viel wie noch kein Schiff zuvor. Ein Grund dafür sind die kleineren Motoren an Bord, mit denen das Schiff zwar langsamer unterwegs ist, dafür aber unter Deck über mehr Platz verfügt.

Insgesamt betreiben die fünf führenden Reedereien fast zwei Drittel des weltweiten Containerschiffstransports. Mit Ausnahme der China Ocean Shipping Company (COSCO) haben sie alle ihren Firmensitz in Europa – darunter auch die deutsche Hapag-Lloyd, die mit ihren 281 Frachtern auf Platz fünf des Rankings landet.

Das Transport- und Logistikunternehmen stammt aus Hamburg, der Stadt mit dem drittgrößten Frachthafen Europas. Rund 7,7 Millionen Standardcontainer wurden im Jahr 2023 an der Elbe umgeschlagen – mehr waren es nur in Rotterdam (13,5 Millionen) und Antwerpen (12,5 Millionen).



Die Abhängigkeit von China bleibt hoch

Außenhandel. Deutschland ist bei einzelnen Importprodukten stark von China abhängig. Trotz einiger Verschiebungen hat sich daran im vergangenen Jahr kaum etwas verändert. Um die tatsächlichen Risiken zu ermitteln, braucht es eine regierungsinterne Taskforce. Das ist für ein gezieltes De-Risking unverzichtbar.

Made in China – diese Aufschrift ist auf vielen Waren in Deutschland zu finden. Aber nicht nur bei fertigen Produkten ist China allgegenwärtig, auch in Deutschland weiterverarbeitete Grundstoffe und Vorprodukte stammen häufig aus dem Reich der Mitte. Wie kritisch diese Abhängigkeit ist und noch werden kann, wenn China seine politischen Ziele verstärkt mittels wirtschaftlichen Zwangs durchzudrücken versuchen würde, hat die Bundesregierung schon vor längerer Zeit erkannt. Als Konsequenz hat sie eine China-Strategie entwickelt und

im vergangenen Jahr vorgestellt. Deutsche Unternehmen werden darin aufgefordert, sogenanntes De-Risking zu betreiben: Sie sollen ihre Abhängigkeit von China reduzieren.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat bereits im vergangenen Jahr anhand der Außenhandelsstatistik die potenziell kritischen Importabhängigkeiten bei mehr als 14.000 Produktgruppen ermittelt. Nun haben die Forscher überprüft, ob sich die Abhängigkeiten im Jahr 2023 verringert haben. Das Ergebnis: Trotz einiger Verschie-

Abhängigkeit von China: Chemie und Pharma stark betroffen

Bei so vielen 8-Steller-Produktgruppen aus den jeweiligen Warenkategorien betrug im Jahr 2023 der Einfuhranteil aus China mindestens 50 Prozent

Chemische,
pharmazeutische
und verwandte
Erzeugnisse



Elektrische
und
elektronische
Erzeugnisse



Rohstoffe
und
Mineralien



Maschinen,
Motoren,
Werkzeuge und
verwandte
Produkte



Eisen, Stahl,
Erzeugnisse
daraus und
verwandte
Produkte



Auswahl

8-Steller-Produktgruppen: detaillierte Klassifikation der Produktgruppen gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

bungen hat sich die Situation in der Gesamtbetrachtung kaum verbessert.

Im Jahr 2023 hatten 200 industrienahe Produktgruppen einen Einfuhranteil aus China von mehr als 50 Prozent. Ein Jahr zuvor traf dies auf 213 Produktgruppen zu.

Zwar fiel der Importanteil in 73 Produktgruppen unter 50 Prozent, aber gleichzeitig stieg er in anderen Gruppen über diese Marke. Die Zahl der Produktgruppen mit einem chinesischen Importwert von mehr als 75 Prozent erhöhte sich sogar leicht von 77 auf 83.

Zwar sind nur knapp 1,5 Prozent der untersuchten Produktgruppen als kritisch einzustufen, jedoch handelt es sich dabei hauptsächlich um Rohstoffe und chemische Grundstoffe, die am Anfang der Wertschöpfungsketten benötigt werden. Ein Ausfall der Lieferungen könnte folglich gravierende Auswirkungen auf die Produktion in Deutschland haben.

Der Einfuhrwert der kritischen Produktgruppen ist im Jahresvergleich deutlich zurückgegangen: von knapp 44 Milliarden Euro auf gut 20 Milliarden Euro. Was zunächst wie eine starke Verbesserung klingt, ist bei näherem Hinsehen zum Großteil auf zwei Sondereffekte zurückzuführen. Rund 14 Milliarden Euro der Differenz gehen allein auf die Produktgruppe der anderen Lactame zurück, die im Jahr 2022 massiv nachgefragt war, 2023 aber wieder deutlich weniger.

Außerdem sanken die Importe von EDV-Produkten wie Laptops und Monitoren aus China um etwa 5 Milliarden Euro. Auch hier deuten die Zahlen auf einen starken Einfuhrpeak im Jahr 2022 hin – wahrscheinlich führten die Engpässe bei Halbleitern nach der Coronapandemie damals zu „Hamsterkäufen“, sodass 2023 weniger eingekauft werden musste. Beides dürften weitgehend Einmaleffekte sein.

Dass sich strukturell bei den Einfuhren aus China wenig getan hat, unterstreicht auch die Verteilung der Importwerte der kritischen Produktgruppen (Grafik):

In 72 Produktgruppen lag der Einfuhrwert aus China im Jahr 2023 bei mehr als 10 Millionen Euro. Ein Jahr zuvor traf das auf 74 Produktgruppen zu.

In den Gruppen mit geringerem Einfuhrwert gab es ebenfalls nur wenig Bewegung.

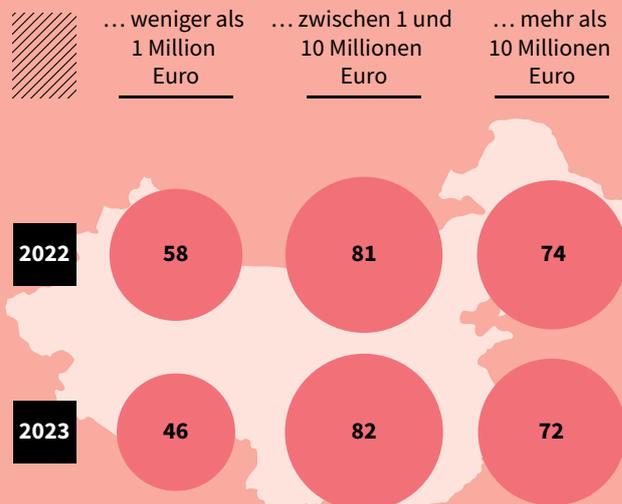
Ein Sektor sticht in puncto Abhängigkeit von China besonders hervor (Grafik Seite 10):

85 Produktgruppen aus dem Bereich der chemischen und pharmazeutischen Erzeugnisse hatten im Jahr 2023 einen chinesischen Importanteil von mehr als 50 Prozent.

Ebenfalls größere Verflechtungen gibt es bei den elektrischen und elektronischen Erzeugnissen (38), den

Abhängigkeit von China weiterhin groß

Bei so vielen 8-Steller-Produktgruppen in Deutschland mit einem Einfuhranteil aus China von mehr als 50 Prozent betrug der Importwert jeweils ...



8-Steller-Produktgruppen: detaillierte Klassifikation der Produktgruppen gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Maschinen, Motoren und Werkzeugen (24) sowie bei den Rohstoffen und Mineralien (24).

Insgesamt zeichnet sich bislang kaum ein strukturelles De-Risking in Bezug auf China ab. Da die Auswertung der Importanteile aber nur potenziell kritische Abhängigkeiten benennen kann und aus den Zahlen nicht hervorgeht, ob dies auch wirklich kritische Abhängigkeiten sind, ist zu ermitteln, welche Produkte unverzichtbar und kurzfristig nicht hinreichend ersetzbar sind.

Um das herauszufinden, braucht der Staat das Expertenwissen der Unternehmen. Der Schutz der nationalen wirtschaftlichen Sicherheit steht hier über dem Recht auf Geheimhaltung für die Unternehmensmeldungen in der Außenhandelsstatistik. Im Gegenzug muss der Staat aber gewährleisten, dass die Daten vertraulich behandelt werden. Für die detaillierte Risikoanalyse sollte daher eine regierungsinterne Taskforce gebildet werden.

IW-Report 18/2024

Jürgen Matthes: Importseitiges De-Risking von China im Jahr 2023

[iwkoeln.de/de-risking](https://www.iwkoeln.de/de-risking)

Alt und zufrieden - mit Job

Gesellschaft. *Allen Krisen zum Trotz ist die Lebenszufriedenheit der Deutschen seit dem Jahr 2005 über einen Zeitraum von 15 Jahren gestiegen. Auch im ersten Pandemiejahr blieb sie stabil. Am zufriedensten sind Menschen im Alter von 66 bis 70 Jahren – und zwar dann, wenn sie arbeiten.*

Die Einschränkungen während der ersten Phase der Coronapandemie mit Lockdowns, Schulschließungen und Kontaktverboten haben nicht an der grundlegenden Zufriedenheit der Bundesbürger gerüttelt. Im Gegenteil: Trotz der Krisen waren sie mit ihrem Leben zuletzt zufrieden wie lange nicht. Wie eine IW-Auswertung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigt, stieg

zwischen 2005 und 2021 die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Deutschen von 6,8 auf 7,4 Skalenpunkte. Dabei bedeuten 0 Punkte ganz und gar unzufrieden und 10 Punkte voll und ganz zufrieden. Eine besonders hohe Lebenszufriedenheit weisen Menschen im Alter von 66 bis 70 Jahren auf – am höchsten ist sie bei jenen, die auch im Rentenalter noch arbeiten (Grafik):

Schon seit Jahren ist die Gruppe der erwerbstätigen 66- bis 70-Jährigen in Deutschland am zufriedensten mit ihrem Leben. Im Jahr 2021 erreichte sie eine durchschnittliche Lebenszufriedenheit von 7,6 Skalenpunkten.

Damit liegen die 66- bis 70-Jährigen mit Job in Sachen Lebenszufriedenheit sowohl über den Gleichaltrigen, die nicht arbeiten, als auch über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Allerdings haben die 66- bis 70-Jährigen ohne Job in den vergangenen Jahren bei der Lebenszufriedenheit aufgeholt – der Unterschied ist daher aktuell mit 0,1 Skalenpunkten nur noch gering.

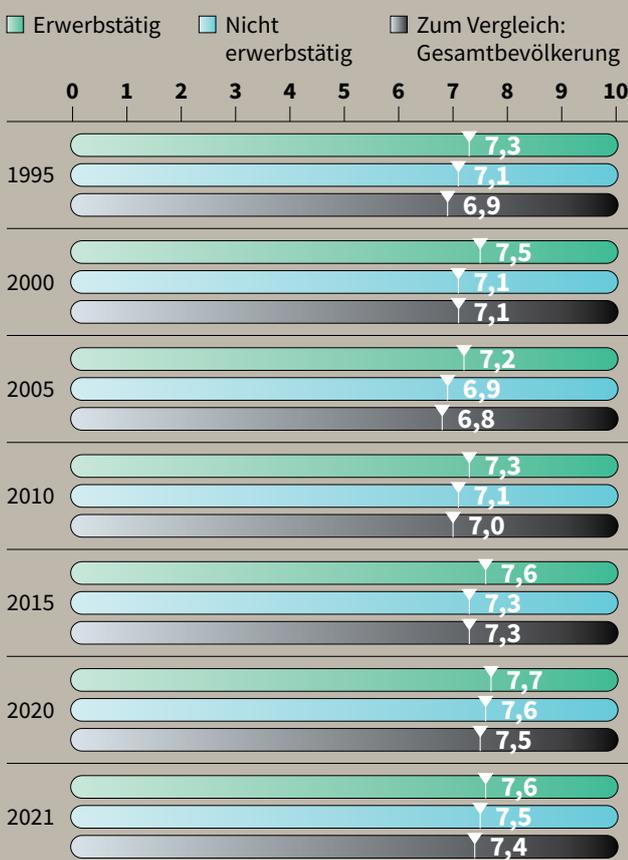
Doch warum sind Menschen, die im Rentenalter noch arbeiten, zufriedener? Die beiden wichtigsten Gründe sind Spaß an der Arbeit und soziale Kontakte. Arbeit bietet die Möglichkeit für einen regelmäßigen sozialen Austausch. Wenn das arbeitsbezogene Netzwerk wegfällt, kann das die Lebenszufriedenheit mindern.

Arbeit wird auch häufig als sinnstiftend empfunden und bringt Struktur und Routine in den Alltag – beides muss mit dem Eintritt in den Ruhestand neu aufgebaut werden. Finanzielle Gründe sind dagegen für das längere Arbeiten im Alter nachrangig.

Am wenigsten zufrieden mit ihrem Leben sind 61- bis 65-Jährige, die nicht (mehr) arbeiten. Ein früherer Ausstieg aus dem Erwerbsleben ist offenbar nicht die Lösungsformel für eine hohe Lebenszufriedenheit.

Rente oder Weiterarbeiten?

So beurteilten 66- bis 70-Jährige in Deutschland ihre Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 Punkte (voll und ganz zufrieden)



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 20/2024

Jennifer Potthoff, Ruth Maria Schüler: Wer im Alter arbeitet, ist zufriedener

iwkoeln.de/zufriedenheit

Verwaiste Chefsessel

Arbeitsmarkt. Den Unternehmen in Deutschland fällt es zunehmend schwer, ihre Führungspositionen zu besetzen. Der Fachkräftemangel ist dafür nicht der einzige Grund.

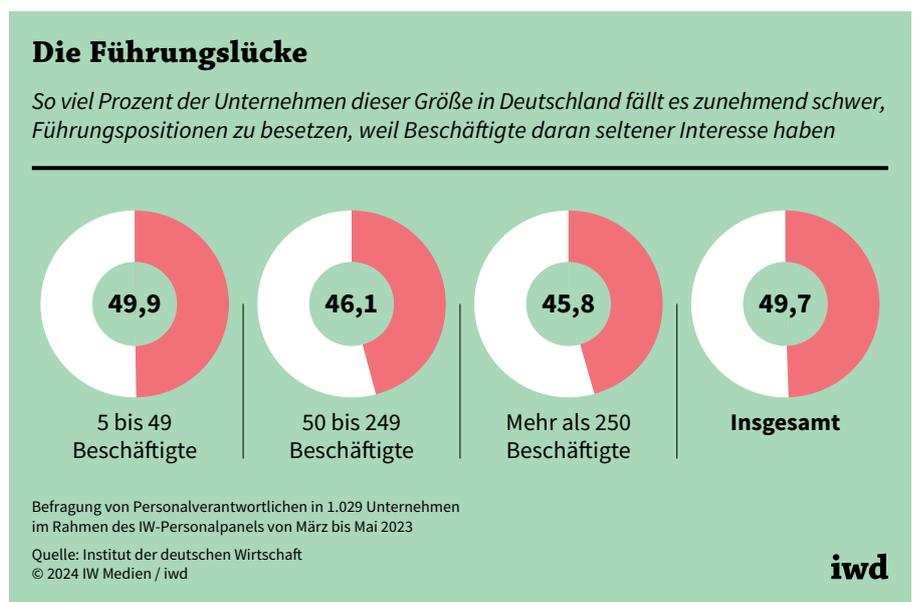
Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig. Sei es im Gesundheitswesen, in der Gastronomie, im Handwerk oder in der Industrie, überall fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. Das Problem erstreckt sich über die gesamte Personalstruktur der Unternehmen von unten bis nach ganz oben, wie eine repräsentative IW-Befragung zeigt (Grafik):

Rund die Hälfte der Unternehmen in Deutschland hat Schwierigkeiten, Führungspositionen zu besetzen, weil Beschäftigte daran seltener Interesse haben.

Der Befund gilt unabhängig von der Zusammensetzung der Belegschaft, etwa hinsichtlich des Geschlechts, der Qualifikation oder der Arbeitszeitmodelle.

Was dagegen eine Rolle spielt, ist die Unternehmensgröße: Während rund 46 Prozent der Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten von zunehmenden Schwierigkeiten bei der Suche nach Führungskräften berichten, sind es bei kleineren Unternehmen ungefähr 4 Prozentpunkte mehr.

Das hat zwei Gründe: Zum einen ist in kleinen Unternehmen schlicht der Kreis an Beschäftigten kleiner, die für eine Führungsposition infrage kommen. Zum anderen gibt es in solchen Betrieben häufig nur eine Führungsebene – die des Eigentümers. Die Neubesetzung der Führungsposition wird damit direkt zur Aufgabe, die Unternehmensnachfolge zu organisieren – wovor potenziel-



le Kandidaten zurückschrecken könnten.

Die Zurückhaltung der eigenen Belegschaft, wenn es um eine Führungsrolle geht, ist allerdings nicht nur das Problem kleiner Unternehmen. Sie erstreckt sich über alle Betriebsgrößen und Führungsebenen hinweg, wie die IW-Beschäftigtenbefragung aus dem März 2023 zeigt:

Nur vier von zehn Beschäftigten ohne Führungsverantwortung wollen in ihrem Unternehmen in den kommenden drei bis fünf Jahren aufsteigen.

Die Befragung zeigt aber ebenso: Wer Spaß an der Arbeit hat und viele Möglichkeiten sieht, sich weiterzuentwickeln, möchte in naher Zukunft eher im Job aufsteigen. Um die oberen Riegen besser zu besetzen,

müssen Unternehmen also die Attraktivität von Führungspositionen auch abseits des Gehalts steigern. Ein wichtiger Punkt ist die Familienfreundlichkeit, die sich etwa durch freie Wahl des Arbeitsplatzes und flexible Arbeitszeiten verbessern lässt.

Die Politik kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie darüber hinaus unterstützen, indem sie den Ausbau einer qualitativ hochwertigen Betreuungsinfrastruktur weiter vorantreibt und so die meist arbeits- und zeitintensiven Führungsjobs elternfreundlicher gestaltet.

IW-Report 16/2024

Andrea Hammermann, Oliver Stettes: Verwaiste Chefsessel in deutschen Unternehmen
iwkoeln.de/chefsessel

Nahrung geht ins Geld

Inflation. In den Jahren 2022 und 2023 sind die Preise in Deutschland massiv gestiegen. Während im ersten Jahr vor allem Energiekosten die Inflationsrate getrieben haben, waren es im zweiten in erster Linie deutlich teurere Lebensmittel. Das hat sich unterschiedlich auf verschiedene Einkommensgruppen ausgewirkt.

Rentner haben es nicht leichter. Zugegeben: Eine Studie so flapsig zusammenzufassen, ist nicht die Regel. Doch der Satz bringt die jüngsten Ergebnisse eines IW-Gutachtens unter Zuwendung des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (FNA) auf den Punkt. Die IW-Ökonomen wollten wissen, wie genau die hohen Preissteigerungen Deutschlands Rentner und Pensionäre getroffen haben.

Die Ergebnisse zeigen: Für Senioren war im Jahr 2023 vor allem die Höhe ihres Einkommens ausschlaggebend dafür, wie stark die Inflation sie beutelte – genauso wie

in anderen Bevölkerungsgruppen. Das lag daran, dass es 2023 einen zentralen Treiber der Inflation gab (Grafik):

Im März 2023 lagen die Kosten für Nahrungsmittel um mehr als 21 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Generell gilt, dass Haushalte mit geringem Einkommen anteilig mehr für Nahrungsmittel ausgeben. Entsprechend waren einkommensärmere Rentnerhaushalte tendenziell stärker betroffen als finanziell bessergestellte.

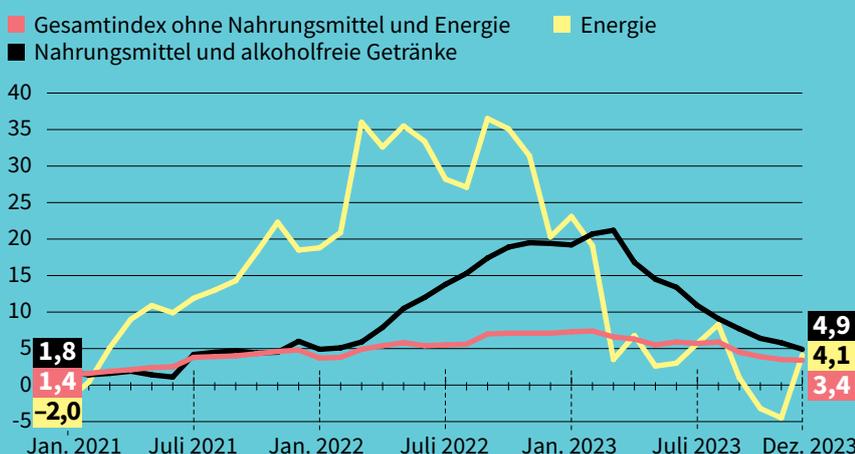
Im Vorjahr, also 2022, war die Situation dagegen eine andere –

trotz ebenfalls hoher Inflation. Denn damals waren die Energiekosten, also Haushaltsenergie und Kraftstoffe, der größte Preistreiber, im März 2022 lagen sie um 36 Prozent über dem Vorjahreswert. Die höheren Preise für den Verkehr führten zu einer besonders starken Belastung der höheren Einkommensgruppen. Insgesamt wurden die verschiedenen Einkommensgruppen im Jahresschnitt in ähnlich starkem Maße durch die Inflation belastet.

Zurück zum Jahr 2023: Trotz der höheren Belastungen für Teile der Rentner oder andere einkommensschwächere Haushalte sind aus Sicht der IW-Ökonomen vorerst keine weiteren Entlastungen seitens der Politik notwendig. Ihre Argumente: Erstens haben zielgenaue Entlastungen wie die Wohngeld-Plus-Reform im Jahr 2023 die Einkommensschwächeren bereits an anderer Stelle unterstützt, sodass die Kaufkraftverluste in den unteren Einkommensgruppen zwischen 2018 und 2023 am geringsten ausfielen. Zweitens sinkt die Inflationsrate seit einigen Monaten, Lebensmittel waren im März 2024 sogar günstiger als vor einem Jahr.

Verbraucherpreise: Was sie nach oben treibt

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Energie: Haushaltsenergie und Kraftstoffe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Gutachten

Martin Beznoska et al.: Inflationsbetroffenheit von Rentnerhaushalten, Studie unter Zuwendung des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (FNA)

iwkoeln.de/rentner-inflation

Mehr für alle

Vermögen. Sämtlichen Krisen zum Trotz ist das nominale Nettovermögen aller Haushalte in Deutschland über die vergangenen fünf Jahre deutlich gestiegen.

Wie steht es um die Vermögen in Deutschland? Auch mit dieser Frage hat sich das IW-Gutachten unter Zuwendung des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (FNA) beschäftigt und mangels aktueller Befragungsdaten eine Annäherung an die Vermögensverteilung 2023 gewagt – ergänzend zur zentralen Frage, wie stark die Inflation Rentner trifft (siehe Seite 14). Die Befunde sind nahezu deckungsgleich (Grafik):

Pensionäre verfügten 2023 mit rund 310.000 Euro über das höchste Median-Nettovermögen – eine Hälfte dieser Gruppe hatte also ein niedrigeres, die andere ein höheres Vermögen.

Dicht dahinter folgen jene Senioren, die ihre Rente über berufsständische Versorgungswerke (BVW) beziehen – wie Ärzte und Rechtsanwälte.

Rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) kommen

mit rund 69.300 Euro netto nur auf den dritten Rang – haben allerdings unterm Strich mehr Rücklagen als die besonders große Gruppe der sonstigen Haushalte. Das sind vor allem jene, deren Haupteinkommen aus einer Erwerbstätigkeit stammen.

Binnen fünf Jahren – von 2018 bis 2023 – sind die Vermögen sowohl im Median als auch im Durchschnitt nominal merklich gestiegen. Und bei allen vier Gruppen setzt sich das Vermögen ähnlich zusammen: Den größten Anteil hat jeweils mit rund zwei Dritteln der Immobilienbesitz.

Besonders viel Geldvermögen haben anteilig gesehen indes gesetzlich Rentenversicherte – hier liegt die Vermutung nahe, dass ihnen zu Rentenbeginn bereits Lebensversicherungen ausgezahlt wurden.

Doch wer hat überhaupt kein Vermögen? Auch in dieser Frage ist die Reihung identisch:

Nur 4,3 Prozent der Pensionäre und 5,6 Prozent der BVW-Rentner verfügten 2023 über kein Nettovermögen. Bei den GRV-Rentnern lag der Anteil knapp über 15 Prozent, bei den sonstigen Haushalten betrug er gut 19 Prozent.

Zum Gesamtbild gehört zudem, dass GRV-Rentnerhaushalte seltener verschuldet sind als alle anderen Gruppen und die durchschnittliche Verschuldung mit rund 9.000 Euro am geringsten ist; unter den sonstigen Haushalten lag sie 2023 bei fast 52.000 Euro. Die geringere Verschuldungsquote dürfte in erster Linie dem Alter zuzuschreiben sein, haben Rentner doch in aller Regel große Anschaffungen bereits bestritten und Kredite etwa für ein Haus abbezahlt.

Vermögen und Schulden: Wer wie viel hat

in Deutschland, in Euro

| | Durchschnitt | Median | Anteil der Haushalte ohne Nettovermögen |
|--------------------|---------------|---------------|---|
| | Nettovermögen | Nettovermögen | |
| 2018 | | | |
| GRV-Rentner | 169.500 | 62.200 | 15,1 |
| Pensionäre | 365.400 | 265.100 | 4,1 |
| BVW-Rentner | 406.300 | 224.700 | 5,6 |
| Sonstige Haushalte | 162.600 | 48.500 | 18,1 |
| 2023 | | | |
| GRV-Rentner | 198.400 | 69.300 | 15,2 |
| Pensionäre | 428.500 | 309.500 | 4,3 |
| BVW-Rentner | 477.100 | 260.400 | 5,6 |
| Sonstige Haushalte | 187.700 | 50.000 | 19,2 |

Alle Einordnungen gemäß Haupteinkommensbezieher eines Haushalts; Nettovermögen: Bruttovermögen minus Schulden; GRV-Rentner: Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung; BVW-Rentner: Renten aus berufsständischen Versorgungswerken; sonstige Haushalte: Haushalte ohne Haupteinkommensbezieher mit Rentenbezug; Median: Wert genau in der Mitte der Datenverteilung

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensnberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche**5 Prozent**

der Deutschen im Alter von 16 bis 74 Jahren waren im Jahr 2023 sogenannte Offliner – sie haben noch nie das Internet genutzt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts entspricht das 3,1 Millionen Menschen in Deutschland.

Dabei wird der Alltag für Menschen ohne Internetzugang immer schwieriger zu bewältigen. Ob es darum geht, einen Termin beim Facharzt zu vereinbaren, ein Ticket für das nächste Konzert der Lieblingsband zu kaufen oder Rechnungen per Online-Banking zu bezahlen – viele Dienstleistungen sind oft nur noch im Internet verfügbar.

EU-weit liegt der Anteil der Offliner bei rund 6 Prozent. Zwischen den EU-Staaten gibt es deutliche Unterschiede: In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Luxemburg waren 2023 weniger als 2 Prozent der Bevölkerung Offliner. Den höchsten Anteil verzeichneten Kroatien mit 14 Prozent und Griechenland mit 13 Prozent. Weltweit hatte 2023 nach Schätzungen der Vereinten Nationen rund ein Drittel aller Menschen keinen Zugang zum Internet.

Wissenschaftspreis Bürokratie

Mit Wissenschaft Bürokratie besser verstehen und abbauen: Unter diesem Motto steht der Wissenschaftspreis Bürokratie, den das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Anfang April zum fünften Mal vergeben hat. Mit dem von IW-Gründungsdirektor Fritz Hellwig gestifteten Preis werden Forschungsarbeiten zum Bürokratieabbau gewürdigt. In diesem Jahr sind Florian Englmaier (LMU München), Gerd Mühlheuser (Universität Hamburg), Andreas Roider (Universität Regensburg) und Niklas Wallmeier (Universität Hamburg) für ihre gemeinsame Studie „Management and Performance in the Public Sector: Evidence from German Municipalities“ ausgezeichnet worden, für die sie 600 Kommunen zum Thema Management und Leistung befragt haben. „Die Studie liefert wertvolle Einblicke in die Funktionsweise deutscher Verwaltungen“, so IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt. Die Erkenntnisse könnten helfen, kommunale Verwaltungsstrukturen effizienter zu gestalten. In Deutschland gebe es schließlich einen „Regulierungsinfarkt“, wie Roland Koch, ehemaliger hessischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, in seiner Laudatio feststellte. Dennoch sei Bürokratie nicht prinzipiell böse – schließlich schütze sie vor Willkür.



Foto: IW

Von links nach rechts: Florian Englmaier, Sophia Eich, Roland Koch, Niklas Wallmeier, Andreas Roider, Hubertus Bardt, Gerd Mühlheuser, Hans-Jürgen Hellwig, Gabriele C. Klug, Martin Hellwig.